

»Du tötest Babys, Mama?«

Einmal jährlich treffen sich Abtreibungsärzte und -lobbyisten zu einem großen internationalen Kongress. In diesem Jahr fand er in Berlin statt. Unter den rund 600 Teilnehmern – Abtreibungsärzte, Krankenschwestern und Funktionäre – war auch unsere Autorin. Die Lebensrechtlerin wollte sich das Stelldichein der Abtreibungslobby nämlich einmal aus nächster Nähe ansehen. Lesen Sie nun ihren überaus aufschlussreichen Bericht.

Von Cornelia Kaminski

Wer vom 24. bis 25. Oktober 2008 als Lebensrechtler am Kongress der FIAPAC (Internationale Vereinigung von Fachkräften und Verbänden für Schwangerschaftsabbruch und Kontrazeption) in Berlin teilnahm, brauchte starke Nerven – egal ob er sich an der Demonstration der ALfA vor dem Eingang zum Kongress beteiligte und mit Abtreibungsärzten diskutierte oder ob er als Zuhörer am Kongress selbst teilnahm. Eine Fortbildung im medizinischen Sinn war dieser Kongress keinesfalls, wie bereits ein Blick in das Programmheft verriet: der überwiegende Teil der Veranstaltungen thematisierte im Grunde die Fragestellung, wie man die Zahl der Abtreibungen weltweit steigern könnte.

Die Ansätze sind dabei vielfältig: wie in der Eröffnungssitzung des Kongresses, die unter dem Titel »Die Verantwortung der Gesellschaft für die reproduktive Gesundheit« stand, machten die Redner klar, warum Frauen aus ihrer Sicht abtreiben können müssen und warum eine klare rechtliche Regelung notwendig ist. Frauen könnten heute einfach deshalb nicht mehr so viele Kinder bekommen, weil die Gesellschaft in punkto Kindererziehung so hohe Anforderungen an Frauen stelle – Anforderungen, denen eben nicht jede Frau gewachsen sei. Hier biete sich die Abtreibung als Alternative für Frauen an, die ansonsten Opfer ihrer Fruchtbarkeit seien. Bereits hier wurde deutlich, dass Schwangerschaft als eine massive Bedrohung der weiblichen Existenz angesehen wird. Diese Bedrohung müsse so schnell wie möglich aus dem Weg geräumt werden, betonte der aus Wien stammende FIAPAC-Präsident Christian Fiala – in den eigenen Reihen auf Grund seiner Aussage, AIDS werde nicht durch den HI-Virus ausgelöst, sei nicht ansteckend und schon gar nicht sexuell übertragbar, keineswegs unumstritten – in seinem Vor-

trag. Staatlich verordnete Bedenkzeiten seien willkürlich und spiegelten das alte Denken wider, nachdem eine Frau Kanonenfutter für den Kaiser zu liefern habe. Überhaupt seien es Diktaturen und die Kirche gewesen, die stets den freien Zugang zu Abtreibungen verhindert hätten. Dass es gerade die kommunistischen Diktaturen der Nachkriegszeit waren, welche

der Abtreibung noch Gegenwehr regt. Allein elf Vorträge befassten sich mit diesem Thema. Hauptgegner der Abtreibungslobby ist nach wie vor die katholische Kirche, die zum großen Bedauern von Silvio Viale aus Italien immer noch keine Ruhe gebe, sowie die »anti-choice people« – womit die Lebensrechtler gemeint waren. Einige Male wurde auch



Austausch der besonderen Art: Experten debattieren die Perfektionierung vorgeburtlicher Kindstötungen.

die Abtreibung in ihren Ländern weitestgehend legalisierten, und nun – befreit – »das Rad zurückdrehen«, wie ein Vortrag hierzu überschrieben ist, hat Fiala offensichtlich nicht mitbekommen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Erarbeitung von Strategien zur Legalisierung von Abtreibungen in den Ländern, in denen sie noch verboten ist, und zur verbreiteten Anwendung von Abtreibungen, wo sich gegen die totale Freigabe

auf die Mitglieder der ALfA verwiesen, die vor der Tür protestierten, Embryomodelle an die Abtreibungsärzte verteilt und mit ihnen diskutieren. Dabei ist es offensichtlich tatsächlich so, dass die Zahl der Demonstranten für die Kongressteilnehmer keine große Rolle spielt. Aus den Bemerkungen der Redner und aus den Diskussionsbeiträgen wurde deutlich, dass schon vier Demonstranten vor einer Abtreibungsklinik reichen, um die dort ihrem

Handwerk nachgehenden Mediziner zu verunsichern, dass allein die Ankündigung von Lebensrechtlern, ein Auto mit Bildern von abgetriebenen Kindern zu bekleben und damit durch England fahren zu wollen, die Medien auf den Plan ruft und Ängste bei den Abtreibern hervorruft. »Wie soll ich diese Bilder meiner vierjährigen Tochter erklären?«, fragt ein Teilnehmer, in dessen Nachbarschaft ein solches Auto parkt.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang der Auftritt von Ipas, die in der dem Kongress angeschlossenen Industrieausstellung mit einem eigenen Stand vertreten sind. Stolz erklärt Ipas Mitarbeiter

der Meinungsänderung. Wie das funktioniert, kann man im Workshop »Die eigene Einstellung zur Abtreibung evaluieren«, den Ipas auf dem Kongress anbietet, erfahren. Die vorgestellte Methode ist subtil und effizient, da sie sich verschiedener Lerntechniken bedient: ausgehend von hoch emotionalen Fallstudien (Frau stirbt qualvoll nach misslungener Abtreibung) werden in gruppenspezifischen und handlungsorientierten Prozessen Stellungnahmen von den Teilnehmern erzwungen – wobei dieser Zwang ausdrücklich, wie die ausgeteilten Lehrmaterialien mitteilen, gewollt ist. Wer traut sich schon, nach einer so mitleiderregen-

die keine Abtreibungen vornehmen wollen, solle man doch gar nicht erst einstellen, erklärt Kevin Oppegaard aus Norwegen. So verfähre man in seiner Klinik. Ob sich das mit der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie vereinbaren lässt, wird in der Sitzung nicht näher diskutiert. Es geht schließlich um die Sache.

Ein Interesse an der Verbesserung der medizinischen Versorgung von Frauen bei Abtreibung war eindeutig nicht vorhanden. Von allen Vorträgen beschäftigte sich nur ein Bruchteil überhaupt mit medizinischen Fragestellungen, und das auf erschreckend niedrigem wissenschaftlichem Niveau. Wurde tatsächlich mal eine Studie vorgestellt, entsprach diese in keiner Weise den üblichen Standards. Für eine Studie zur Auswirkung von Abtreibungen auf Männer wurden die Fragebögen den Frauen mit nach Hause gegeben, die diese dann ihren Männern geben sollten. Aber welche Frau, deren Mann gegen die Abtreibung war, nimmt ihm einen Fragebogen mit nach Hause? Und wer hat ihn dann tatsächlich ausgefüllt? Ann Lalos aus Schweden, die die Studie vorstellte, konnte das auf Nachfrage nicht mit Bestimmtheit sagen – medizinische Wissenschaft sieht so sicher nicht aus. In einem ausnahmsweise interessanten Vortrag berichtete Sam Rowlands aus England über das Risikomanagement bei Abtreibungen und forderte größtmögliche Transparenz im Umgang mit ärztlichem Fehlverhalten. Nur so sei ein Lerneffekt im Sinne der zukünftigen Fehlervermeidung möglich. Angesichts der stets betonten Hauptintention der Abtreibungsmediziner, etwas gegen die Frauensterblichkeit tun zu wollen, ein durchaus lobenswerter Ansatz, sollte man meinen. Die Zuhörer sahen das jedoch anders: es sei politisch ungünstig, offen Fehler bei



Durfte nicht fehlen: Der Stand der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung auf dem FIAPAC-Kongress.

Christian Bross, dass seine Organisation ein Abtreibungsinstrument erfunden habe und davon immerhin um die 100.000 Stück pro Jahr weltweit verkaufe – insbesondere an Regierungen und NGOs wie International Planned Parenthood, dem Dachverband von Pro Familia. Damit ließen sich besonders gewebeschonende Abtreibungen vornehmen. Auf Nachfrage wird erläutert, dass man damit dem Bedarf der Forschung nach möglichst unzerstörtem fetalen Gewebe nachkommen kann. »Das ist eins der wichtigsten Vorteile unseres Instruments«, teilt die den Stand betreuende Dame mit.

Das ist Ipas aber nicht genug. Der Markt für dieses Instrument müsse erhalten bleiben. Und darum unterstütze Ipas gleichzeitig Abtreibungsbefürworter in ihrem Kampf gegen restriktive Gesetze und schule deren Mitarbeiter in der Kunst

den Geschichte die Ecke im Raum aufzusuchen, die für strikte Abtreibungsgegner reserviert worden ist? Ein Schlingel, wer dabei an Gehirnwäsche denkt. »In Mexiko waren wir sehr erfolgreich«, erklärt denn auch Bross. »Da haben wir es geschafft, Abtreibungen zu legalisieren.« Nur leider, so fügt er an, zögen die Kliniken nicht mit: die Hälfte aller Kliniken in Mexico City weigere sich aus Gewissensgründen, Abtreibungen durchzuführen. Jammer schade – aber auch hier wissen die Mitglieder der FIAPAC Abhilfe. In einem Vortrag zur Wissenshaltung von Gynäkologen beantwortet Mark Bygdeman die Frage, ob Gynäkologen gezwungen werden sollten, Abtreibungen durchzuführen, mit einem glatten »Ja«. Das Recht der Frau auf totale Selbstbestimmung sei höher einzuordnen als die Gewissensentscheidung des Arztes. Ärzte,

»Mein Sohn soll in einer Welt leben, in der er viel Spaß mit Sex haben kann.«

Abtreibungen zuzugeben, dies könne schließlich die öffentliche Meinung zur Abtreibung ändern.

Wenn es also gar nicht um medizinische Fortbildung geht, warum dann jährlich ein FIAPAC Kongress – 2008 immerhin bereits zum achten Mal? Die Antworten gaben die nahezu 600 Kongressteilnehmer im Verlauf der Veranstaltung selbst. Marijke Alblas, eine in Südafrika praktizierende Medizinerin, beklagte die unfreundliche Atmosphäre, mit der

sie und ihre Kollegen zu kämpfen hätten: Auch sie bräuchten schließlich für ihr Tun eine angenehme Arbeitsatmosphäre. Gegenseitiges Unterstützen sei notwendig, und dafür brauche man diesen Kongress – ja dafür sei FIAPAC schließlich gegründet worden. Wer das Geschehen während des Kongresses beobachtete und die Diskussionen verfolgte, konnte schnell feststellen, dass es genau darum ging:

Der Begriff »Baby« wird vollständig vermieden

Gegenseitiges Ermuntern, Schulterklopfen und immer wieder beteuern, dass man ja etwas »für die Frauen« tue. Angesichts der zahlreichen verhärmten Gesichter wirkte das wie kollektiver Selbstbetrug. Zudem scheint zu gelten, dass eine Lüge besonders gut funktioniert, wenn sie immer wieder wiederholt wird. Zwar gab Ann Furedi aus England offen zu, dass »man nicht weiß, wie viele Menschen überhaupt genau in manchen afrikanischen Ländern leben«, aber dennoch auf die Statistiken der WHO zur Sterberate nach Abtreibungen aus diesen Ländern vertraue. Diese Statistiken sind nämlich das in nahezu jedem Vortrag wiederholte Hauptargument. Ein Hinterfragen von Zahlen ist daher unerwünscht.

Ähnlich wird bei der Diskussion um die Konfliktberatung verfahren. Haupttenor der Vortragenden Referentinnen war, dass eine solche Beratung überflüssig sei, da sie mit dem Selbstbestimmungsrecht der Frau kollidiere. Außerdem, so erklärte Margot Schaschl aus Wien, dränge die Zeit: Wenn die Frauen erstmal den Herzschlag (gemeint ist der des Kindes, was man aber offenbar nicht sagen darf) sehe, werde es schwierig. Wieso das so ist, wurde nicht erklärt und stand auch in krassem Widerspruch zu der mit starkem Applaus bedachten Aussage, die Beratung sei ohnehin nur für die Beraterinnen da, nicht für die Frauen, die hätten nämlich gar keine Gefühle, wollten lediglich die Abtreibung und mehr nicht. An dieser Stelle hebt sich leiser Widerspruch im Plenum. »Wie stellen Sie denn fest, ob eine Frau tatsächlich ohne Zwang zur Abtreibung kommt, wenn Sie auf die Beratung verzichten?«, fragt eine Teilnehmerin. Die Beratung sei auch positiv zu sehen, meint eine andere, schließlich habe die Frau hier die Gelegenheit in Ruhe mit verständnisvollen Gesprächspartnern zu reden. Und eine Dritte wendet schließ-

lich ein, die Beratung sei in Deutschland laut Gesetz »ergebnisoffen« zu führen. Da platzt dem Vorsitzenden der FIAPAC, Christian Fiala, der Kragen. Mit den Worten »Das ist kompletter Schwachsinn – jede Beratung ist eine staatlich verordnete Zwangsinstruktion von Frauen und gehört komplett abgeschafft« beendet er – ganz tolerant – die Diskussion.

Da erstaunt es auch nicht – wie im weiteren Verlauf des Kongresses auffällt – dass mit größter Konsequenz der Begriff »Baby« vollständig vermieden wird – stattdessen ist wahlweise von »Produkt«, »Gewebe«, »Material« »befruchtetem Ei« die Rede. Als besonders hilfreich wird hier offensichtlich die UN-Konvention über die Rechte von Kindern erachtet, die jedem Kind »ab der Geburt« zustünden. Ganz unverhohlen äußert Catherine Bonnet unter Bezugnahme auf diese Konvention, dass im Fall einer Holländerin, die in Spanien eine Abtreibung in der 29. Woche vornehmen ließ und daraufhin in Holland vorläufig verhaftet wurde, die Anklage fallen gelassen werden müsse. »Die Anklage kann doch gar nicht auf Kindstötung lauten. Das ist kein Kind. Ein Kind ist es erst nach der Geburt!«

Worum es der Abtreibungslobby tatsächlich geht, macht vor allem Ann Furedi aus England mit ihren Beiträgen deutlich. »Mein Sohn«, sagt sie, »soll in einer Welt leben, in der er so viel Spaß mit Sex haben kann, wie er will. Und wir wissen doch, dass Verhütung nicht funktioniert. Wir brauchen Abtreibungen als Sicherheitssystem. Es wird mehr Abtreibungen geben, wenn mehr Frauen Spaß beim Sex haben – und das ist doch nicht schlecht.« Die Möglichkeit für Irinnen, zur Abtreibung nach England zu fahren, bezeichnet sie als »Lifeline«. Dass von den zwei über diese »Lebenslinie« zur Abtreibung angereisten Menschen aber nur einer lebend zurückkommt (der abgetriebene Fötus wird laut Aussage einer irischen Teilnehmerin den Frauen häufig mit zurückgegeben) spielt keine Rolle. Konsequenz ist auch der Titel ihres zweiten Vortrags: »Entwicklung einer Strategie zum Umgang mit der Bedrohung weiblicher Gesundheit«. Jedenfalls dann, wenn Schwangerschaften eine Krankheit und Abtreibungen die einzig richtige Therapie sind. Den Vortrag leitet sie mit den Worten ein: »Ich könnte Christen dafür verfluchen, dass ich einen solchen Vortrag überhaupt halten muss«. Toleranz und Objektivität sehen anders aus. Ins Straucheln war die sehr selbstbewusst auftretende Frau nach eigenen Aussagen nur einmal gekommen. Und zwar als sie mit ihrem Sohn gemeinsam eine Sendung

über die Entwicklung von Kindern im Mutterleib und über Abtreibung ansah. »Ist es das, was du machst, Mama? Du tötest Babys?«, fragt daraufhin der Sohn. Auf diese Frage wusste selbst Ann Furedi, die für ihre Vorträge fast mit stehenden Ovationen bedacht wurde, keine Antwort.

Auch sonst blieben eine Menge Fragen übrig. Fragen wie diese: Was sagt es eigentlich über die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) aus, dass diese auf dem Kongress mit einem Stand vertreten war? Was bedeutet es, dass deutsche und britische Politiker die Gäste willkommen hießen? Für den Berliner Senat war Katrin Lompscher, Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz (Die Linke) erschienen, die Briten hatten mit Christine McCafferty ein Parlamentsmitglied entsandt. Wir wird wohl das Material aussehen, das nach dem Willen von Unionsabgeordneten, die einen eigenen Gesetzentwurf zur Vermeidung von Spätabtreibungen in den Bundestag einbringen wollen, von der BZgA erarbeitet werden soll, wenn diese einen Kongress unterstützt, auf dem offen die totale Freigabe der Abtreibung gefordert wird?

»Wir beschäftigen uns mit dem Gesetz, aber wir machen was wir wollen«

Gelegenheit zur Information über Spätabtreibungen hatten die Vertreter der BZgA jedenfalls zur Genüge, da ihr Stand in unmittelbarer Nachbarschaft zu zwei holländischen, auf Spätabtreibungen spezialisierten Kliniken angesiedelt war. Und wie Spätabtreibungen bei Minderjährigen in Holland funktionieren, führte Mariet Lecoultre, Krankenschwester an der ausschließlich Spätabtreibungen anbietenden Bloemhoevekliniek in Heemstede (Niederlande) gerne aus. Demnach benötigten Mädchen unter 16 Jahren zwar die schriftliche Einwilligung eines Elternteils. Ob diese aber tatsächlich von einem Elternteil, einem anderen Erwachsenen oder dem Mädchen selbst unterschrieben worden sei, prüfe die Klinik nicht. Und wenn doch mal eine Unterschrift fehle, sei auch das kein Problem. Dann stelle die Klinik einfach einen Anwalt zur Verfügung, der auch ohne Zustimmung der Eltern für das Mädchen eine Genehmigung zur Abtreibung einholt. »Wir beschäftigen uns mit dem Gesetz, aber wir machen, was wir wollen«, sagt Mariet Lecoultre mit einem Augenzwinkern.